

gewählt. Herr Stadtrat Cuntadi, welcher um Abnahme dieses Amtes gebeten, wurde der Dank der Versammlung für seine langjährigen Dienste zum Ausdruck gebracht. In den übrigen Aemtern trat eine Aenderung nicht ein. Allen Freunden des Vereins mit seinen idealen Zielen, insbesondere aber denen, welche die Ziele des Vereins durch Zuwendungen stärken halfen, sei hiermit nochmals herzlichster Dank für ihre gemeinnützige Mitarbeit.

Rassenabschluss auf das Jahr 1910.

Table with 2 columns: Einnahme and Ausgabe. Lists various financial items like Rassenbestand, Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge, etc., with corresponding amounts.

Einnahme: M 5698.12
Ausgabe: „ 5402.41
Rassenbestand: M 295.71

Heut vor 40 Jahren am 21. Februar 1871 begannen zu Versailles die Friedensverhandlungen zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik. Die ersten Forderungen deutscherseits bestanden darin, daß das Elsaß mit Straßburg und Belfort, Lothringen mit Metz abzutreten und daß an Kriegskosten 6 Milliarden Francs zu zahlen seien. Wie begreiflich sträubten sich die Franzosen diese Forderungen völlig zu erfüllen. Gegen die Abtretung des Elsaß mit Straßburg sträubten sich die französischen Unterhändler nur wenig, aber Metz sollte durchaus Frankreich erhalten bleiben. Doch gerade Metz gegenüber blieb man selbst standhaft, als Thiers sich bereit erklärte, die Metz Befestigungswerke schleifen zu lassen und für Metz sogar Zugversand anbot, das man zu diesem Zwecke französischerseits dem Könige von Holland ablaufen wollte. Auch die 6 Militärs glaubten die Franzosen nicht zahlen zu können. Um den Franzosen doch einigermaßen entgegenzukommen, wurde am 25. Februar auf die Westergreifung von Belfort Verzicht geleistet, wurden die 6 Milliarden Francs auf 5 Milliarden ermäßigt, wurde auch entsprochen dem Wunsche der Franzosen, der darin bestand, daß die Anwesenheit der deutschen Sieger in Paris, deren Einmarsch am 1. März erfolgen sollte, nur so lange dauern sollte, bis der Friedensvertrag von der französischen Nationalversammlung angenommen sei. Endlich am 26. Februar 1871 abends 8 Uhr wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet und zwar französischerseits von A. Thiers und Jules Favre, deutscherseits von Bismarck, dem bayrischen Minister Grafen Bray-Steinburg, den württembergischen Ministern von Wächter und Mittnacht und dem bairischen Minister Jolly.

(Lehrerüberschuß.) Die Oftern von einem Seminar der Umgegend von Chemnitz Abgehenden wurden von ihrem Direktor darauf aufmerksam gemacht, daß so gut wie gar keine Anstellungsmöglichkeit für sie vorhanden sei. In Ebersdorf meldeten sich um eine Beherstelle nicht weniger als 60 Bewerber.

Ohorn. Ein interessanter öffentlicher Rechtsstreit mit historischem Hintergrunde beschäftigt das Oberverwaltungsgericht. Es handelte sich um die Deffentlichkeit der Jahrhunderte alten sogenannten „Alten Straße“ in Ohorn, die teilweise durch das dortige Rittergut und die Ortschaft führt. Auf Grund der Tatsache, daß die Straße seit langer Zeit sowohl für den Fuß- und Fahrverkehr benutzt wird, glauben die Anlieger die Deffentlichkeit dieses Weges herleiten zu können. Die Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und dem Rittergute einerseits, sowie den Anliegern andererseits begannen bereits in den Jahren 1906 und 1907. Nach einer teilweise Spernung der Straße für schweres Fuhrwerk kam es zu einem längeren Zivilprozeß und in der Folge beschloß die Amtshauptmannschaft Kamenz, die Alte Straße nicht als öffentlichen Kommunikationsweg anzuerkennen. Nach einem Widerspruch des die Anlieger vertretenden Gutsbesitzers Kammer in Ohorn leitete die Amtshauptmannschaft am 7. August 1908 eine Ortsbesichtigung in die Wege und verhörete gleichzeitig eine Anzahl Zeugen. Der Gemeinderat beschloß darauf mit großer Majorität, die Straße als öffentliche anzuerkennen, wenn das Rittergut denselben Beschluß fesse. Nachdem aber der Vertreter des Rittergutes die Erklärung abgegeben hatte, daß von seiner Seite aus die Deffentlichkeit nicht anerkannt werden könne, annullierte der Gemeinderat seinen Beschluß. Der Bezirksausschuß beschloß darauf die Deffentlichkeit der Straße anzuerkennen. Dieser Beschluß kam durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden zustande. Gegen diese Entscheidung legte der Vertreter des Rittergutes Rekurs bei der Kreisshauptmannschaft Bautzen ein und erklärte, daß ein Teil der Straße seitens des Rittergutes Jahrhunderte lang als Schafweide benutzt worden und auch periodenweise unpassierbar sei. Die Kreisshauptmannschaft ordnete darauf ebenfalls eine Ortsbesichtigung in Anwesenheit sämtlicher Beteiligten an und verhörete gleichzeitig über 20 Zeugen. In ihrer Entscheidung vom 19. Oktober 1909 erklärte sie die Alte Straße für einen nichtöffentlichen Fahr- und Fuhrweg. Trotzdem die Straße seit langer Zeit dem öffentlichen Verkehr gedient habe, könne sie nicht als öffentlich anerkannt werden. Dem den Passanten habe die innere Rechtsüberzeugung über die Deffentlichkeit gefehlt. Gutsbesitzer Kammer erhob nunmehr die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht und stützte sich dabei auf die Wissenschaft und die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts. In der öffentlichen Verhandlung am Sonnabend führte sein Vertreter aus, daß die Straße seit langen Jahren als freier Weg benutzt worden sei. Nur ab und zu sei man behördlicherseits eingeschritten, wenn zu schweres Fuhrwerk die Straße passiert habe. In der weiteren eingehenden Begründung der Klage wurde noch ausgeführt, daß das Bewußtsein, der Weg sei im vollen Umfange ein öffentlicher, allgemein

vorgeherrschet habe. Seitens des Vertreters der Rittergutherrschaft wurden diese Ausführungen auf das lebhafteste bekämpft. Das Urteil in dieser interessanten Sache ist in anbetraht der schwierigen Materie erst in einigen Wochen zu erwarten.

Obersteina. (Brand.) Am Sonntag früh kurz vor 1/2 1 Uhr erschreckten Feuerrufe die Bewohner unseres Ortes. Es brannte das in der Nähe des Gasthofs zu den Linden gelegene, mit Stroh gedeckte, unbewohnte Haus des Steinarbeiters Robert Steglich. Die günstige Windrichtung schloß eine Gefahr für die nächstgelegenen Gebäude aus. In dem kurzen Zeitraum von einer halben Stunde war das Haus niedergebrannt. Als erste Spritze von auswärts traf die Niedersteinaer, als zweite die Möhrsdorfer am Brandorte ein. Außer der Ortspritze war noch die Gersdorfer anwesend. Die Entstehungsurache ist bisher unbekannt.

(Schadenfeuer.) Am Sonntag abend 1/2 7 Uhr entstand auf noch unaufgeklärte Weise in Krafa bei Königshück ein Schadenfeuer, welches 3 Scheunen bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Die Scheunen waren noch mit Stroh- und Futtermitteln gefüllt. Den Bestkern Eichhorn, Hönisch und Hummel erwacht durch den Brand ein erheblicher Schaden. Bei dem herrschenden Sturm und der umständlichen Herbeischaffung des Wassers hatten die anwesenden Spitzenmannschaften ein schweres Stück Arbeit zu bewältigen.

Weißbach b. Königshück. (Die Maul- und Klauen-seuche) ist hier wiederholt aufgetreten.

Frankenthal, 17. Februar. (Blöcker Tod.) Der hiesige Gasthofsbesitzer und Schlachtviehhändler, Herr Hermann Keuner, 52 Jahre alt, wurde am vergangenen Mittwoch nachmittag, als er mit seinem Gesährt in Begleitung seines Sohnes sich auf der Heimfahrt von Bischofswerda befand, im Orte Goldbach von einem tödlichen Schlaganfall betroffen. Es ist dies in einem Zeitraum von wenigen Wochen die dritte Person, welche hier so plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen wurde. Eigentümlich berührt der Zufall, daß der Vater des Herrn Keuner ebenfalls auf Goldbacher Flur durch Herzschlag verstarb. Der so plötzlich Dahingegangene war ein allgemein geachteter und geehrter Mann, und wird der Familie ob dieses Verlustes die innigste Teilnahme entgegengebracht.

Bischofswerda. (Wohnungsnot) Die hier noch herrschende Wohnungsnot verpricht besonders für die nach Fertigstellung des Seminars nach hier überfiedelnden Seminarlehrer bedenklich zu werden. Deshalb dringt jetzt der hiesige Stadtrat energisch darauf, daß die erforderlichen Wohnungen für die zuziehenden Seminaroberlehrer zur Verfügung stehen und droht mit der Zuziehung auswärtiger Bauunternehmer.

Bautzen. Die Stadtverordneten bewilligten für das von 1911 auf 1912 verschobene Oberlausitzer Musikfest eine Beihilfe von 4000 Mark.

S. Dresden, 20. Februar. (Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller) Die 9. ordentliche Generalversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm am Montag abend mit einem Begrüßungsabend im Konzerthalle des Städtischen Ausstellungspalastes ihren Anfang. Aus allen Teilen des Königreiches hatten sich die Vertreter der Industrie zusammengefunden und eine äußerst angeregte Stimmung beherrschte den Abend. Auch die Anwesenden Vertreter der Regierung, an deren Spitze der Minister des Innern Graf Bismarck von Eckardt erschienen war, unterhielten sich in lebhaftester Weise mit den bekannten Führern des Verbandes und den erschienenen Großindustriellen. Auch Oberbürgermeister Beutler, sowie zahlreiche Mitglieder beider Ständekammern wohnten dem in harmonischer Weise verlaufenen Begrüßungsabend bei.

S. Dresden, 20. Februar. (Volksvorstellungen.) In Gemeinschaft mit dem Goethebund beabsichtigt der Verband Sächsischer Industrieller (Ortsgruppe Dresden) im Refiziententheater ausgewählte Volksvorstellungen zu veranstalten.

S. Dresden, 20. Februar. (Berichterstattung über tatsüchlicherzielte Schlachtviehpreise.) Der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen erläßt folgenden Aufruf: „Das Anziehen der Fleischpreise in den Städten wird regelmäßig von gewisser Seite benutzt, zu behaupten, daß einerseits der Landwirtschaft ungeschäftigte Gewinne in den Schoß fallen, andererseits diese nicht in der Lage sei, das erforderliche Schlachtvieh selbst zu produzieren. Um nun derartigen Anschauungen wirksam entgegen treten zu können, ist vor allen einwandfreies Material über die seitens der Landwirte tatsüchlich erzielten Schlachtviehpreise erforderlich, denn die an den Schlachthöfen notierten Preise sind hierzu aus mehreren Gründen nicht geeignet. Der Landeskulturrat hat deshalb vor einigen Jahren an eine größere Anzahl von Landwirten die Bitte gerichtet, aber die von ihnen bewirkten Schlachtviehverkäufe alsbald genaue Nachrichten gelangen zu lassen. Diese Berichte werden allwöchentlich zusammengestellt und durch die Veröffentlichung im Amtsblatt weiteren Kreisen bekannt gegeben. Je zahlreicher nun solche Meldungen eingehen, desto beweiskräftiger ist dieses auf reichhaltiger Grundlage gewonnene Zahlenmaterial. Es wird deshalb die dringende Bitte an alle Landwirte gerichtet, die häufig Schlachtvieh verkaufen, sich an dieser Berichterstattung zu beteiligen und ihre Bereitwilligkeit hierzu dem Landeskulturrat bekannt zu geben.“

Dresden, 18. Februar. Die Sächsische Bank hat wie die Reichsbank heute den Wechseldiskont auf 4 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 5 Prozent herabgesetzt.

(Schon wieder hört man von einer Millionenerbschaft. Die Erbschaft, die nicht weniger als 159 Millionen betragen soll, soll von Holland den rechtmäßigen Erben in Deutschlard, und zwar Bewohnern des Taunus, vorenthalten werden. Schon seit mehreren Wochen haben über diese Erbschaft die Be-

wohner einer Anzahl Taunusorte ihre Ruhe verloren. Es hat damit folgende Bewandnis: Am 1. März 1719 wurde in dem Taunusdorf Oberjosbach ein Mann namens Johann Christoph Kilp geboren, der in späteren Jahren nach Holland auswanderte. Hier rettete er einem reichen holländischen Grafen das Leben und wurde von diesem dafür zum Universalerben eingesetzt. Kilp ist unverheiratet gestorben und hat sein großes Vermögen einer wohltätigen Anstalt in Amsterdam vermacht mit der Bestimmung, daß der Zinsgenuß dieser Anstalt 100 Jahre zufalle und nach dieser Zeit das Kapitalvermögen nebst den inzwischen aufgelaufenen Zinsen unter seine Verwandten zu verteilen sei. Um das Jahr 1860 sollen die 100 Jahre verfloßen und die Erbschaft soll 5 Jahre ausgeschrieben gewesen sein. Sie soll jetzt die Höhe von 159 Millionen Mark erreicht haben. Erst in den letzten Jahren haben sich einige der Erben um die Sache gekümmert und auf eigene Faust Ermittlungen angestellt. Es wurde ihnen aus Holland Mitteilung gemacht, daß zu einer genauen Nachforschung bei den holländischen Behörden Gelder flüssig gemacht werden müßten. Darauf wurde von den Hauptinteressenten zu einer Versammlung aller Erbberechtigten eingeladen, die am Sonntag vor acht Tagen mittags in dem Taunusstädtchen Kellheim stattfand und die von etwa 250 Personen besucht war. Vertreten waren Erbberechtigte aus 52 Orten. Nach längerer Besprechung über die bisherigen Schritte bestimmte die Versammlung 47 Vertrauensleute, die wiederum unter sich einen geschäftsführenden Ausschuß von 17 Mitgliedern wählten, an dessen Spitze als Unparteiischer Rechtsanwalt Dr. Hosbach, Frankfurt a. M. - Rödelheim steht. Dieser Ausschuß wird jetzt die weiteren Ermittlungen nach der Millionenerbschaft in die Hand nehmen. Allzuviel Hoffnung auf die schönen Millionen schien die Anwesenden aber nicht zu haben, denn eine Tellerfassung zur Deckung der ersten Unkosten ergab nur 80 Mark.

Weißenberg. (Oberlausitzer Kartoffelflorenfabrik, G. m. b. H.) Hier fand eine außerordentliche Generalversammlung der Oberlausitzer Kartoffelflorenfabrik, G. m. b. H., zu Warth i. S. statt. Der Neubau der Kartoffelflorenfabrik ist jetzt fertiggestellt. Bisher ist bereits ein Pflicht-Kartoffelquantum von 80 000 Zentnern in der Genossenschaft gezeichnet. Beschlossen wurde, daß auch im laufenden Betriebsjahre alle Genossenschafter verpflichtet sein sollen, das gesamte gezeichnete Kartoffel-Pflichtquantum zur Trocknung zu liefern.

Birna. (Die Landwirtschaftliche Schule) in Birna ist, wie der „Birna Anzgt.“ meldet, durch Entschleßung des Königl. Ministeriums des Inneren vom 1. Dezember 1910 als selbständige Einrichtung genehmigt und den anderen landwirtschaftlichen Schulen Sachsens gleichgestellt worden. Der Lehrplan ist der gleiche wie in den Schulen in Freiberg, Meißen und Bautzen.

Sohland (Spree). (Der Gendarm zahlt keine Steuern!) Der Gemeindevorstand stellte in der letzten Gemeinderatsitzung unter allgemeiner Heiterkeit fest, daß der bereits ein Jahre im Orte ansässige Gendarm Söh bis heute noch keine Steuern zu zahlen brauchte. Da eine derartige Befreiung unzulässig ist, wurde die Heranziehung des Gendarms zu den Steuern beschlossen.

Tauscha, 20. Februar. (Unfall ober Verbrechen?) In den ersten Morgenstunden des heutigen Tages wurde auf dem hiesigen Bahnhofe ein etwa 19 Jahre altes, anständig gekleidetes Mädchen ohnmächtig aufgefunden. Bei ihr fand man eine Bisttentarte Martha Entelautend. Die Wäsche der Ohnmächtigen war mit M. G. gezeichnet. Das Portemanteau war leer, ebenso fehlte der Hut des Mädchens, das zunächst ins hiesige Krankenhaus gebracht wurde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Verbrechen vorliegt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich, Berlin, 20. Februar. (Ein offener Brief Bebel's an den Minister v. Dalwiz.) Zu den Ausführungen des Ministers des Innern v. Dalwiz in der Abgeordnetenhausung vom 12. d. M. der Abgeordnete Bebel habe sich nicht geschert, einen Beamten des Polizeipräsidiums zu besuchen und ihn zur Antraine und Nichtachtung seines Diensteides zu verleiten, veröffentlicht der Abgeordnete Bebel im „Vorwärts“ einen offenen Brief an den Minister v. Dalwiz, in dem er erklärt, nicht er oder der verstorbenen Abgeordnete Singer habe sich an den betreffenden Beamten gewandt, sondern dieser habe sich zu Spießdiensten angeboten, umher der Voraussetzung, daß diese ihm honoriert würden. Bebel erklärt, die Annahme dieses Angebotes sei während der Bismarck-Puttkamerischen Politik ein Gebot der Klugheit gewesen.

Berlin, 20. Februar. (Die deutschen Verluste auf Ponape.) Bei den erneuten Kämpfen der deutschen Marinemannschaften und Polizeitruppen mit den Aufständischen auf Ponape (Karolinen) sind auf deutscher Seite nach amtlichen Berichten gefallen bzw. schwer verwundet worden: Leutnant z. See Erhard vom „Komoran“, Obermatrose Kneide von der „Emden“ und ein Polizeisoldat tot; Obersignalgast Günther von der „Emden“ erlag ebenfalls Verletzungen. Obermatrose Pimpers, Obermatrose Karl Mayer und Matrose Agathon sowie drei schwarze Soldaten von denen einer später verstarb, sind schwer verwundet. Bootsmat Kessler und Bootsmannmaat Rieder sind leicht verwundet worden. Die Beendigung der Operationen steht bevor. Das Befinden der Verwundeten ist befriedigend.

Berlin, 18. Februar. (Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.) Der Diskont der Reichsbank ist heute auf 4 Prozent, der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 3 Prozent herabgesetzt worden.

(Endlich ein Geständnis.) Die „Kölnische Zeitung“, das führende Blatt der nationalliberalen Partei Deutschlands schreibt in einer Betrachtung über den Verlauf der elsäß-lothringischen Verfassungsdebatte im Reichs-